Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 145. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 24. Juni 1927

Ein fetter Bissen.

Daß Polen im allgemeinen sich den Teufel um Beschlüsse des Völkerbundes kümmert, wenn sie nämlich gegen das polnische Interesse verstoßen, ist ja bekannt; weiß man ja in Warschau ganz genau, daß in solchen Fällen der Völkerbund schließlich der sogenannte „Klügere“ ist und nachgibt. Das geschah schon in dem Streit um Wilna; in der Entdeutschungspolitik, die man eifrigst in Ostoberschlesien betreibt, kümmert man sich ja auch herzlich wenig um das, was in Genf dekretiert wird. Nicht minder kraß liegen die Dinge bei der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen über den Besitz des Chorzow-Werkes, die jetzt wiederum — zum zweitenmal — den ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag beschäftigt. Das Werk ist von den Polen als angeblicher deutscher Staatsbesitz einfach mit Beschlag belegt worden, als die neue Grenze in Oberschlesien gezogen war. Dieses vielleicht modernste Stickstoffwerk, das früher auch den größten Teil der Elektrizitätsversorgung Oberschlesiens bewerkstelligte, war ein besonders fetter Bissen; freilich würde dieser Übergriff den Polen herzlich schlecht bekommen — weil sie nämlich ein paar hundert Millionen dafür an Deutschland zu bezahlen hätten —, wenn es nur irgendein Mittel gäbe, die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts vom Mai vorigen Jahres, die für Deutschland sehr günstig lautete, nun auch wirklich durchzuführen. Aber wie Fafnir, der Drache im „Ring des Nibelungen“, brummt Polen: „Ich bin im Besitze“, oder — um das den Polen wohl etwas sympathischere französische Sprichwort zu zitieren —: „J'y suis, j'y reste“, „Ich bin dort, also bleib ich dort“.

Zum zweitenmal wurde nun deutscherseits in unsäglicher Geduld und nach dem vergeblichen Versuche, durch Verhandlungen mit Polen zum Ziele zu kommen, die Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht vorgelegt. Jetzt aber änderte Polen seine Taktik, indem es nun durch seine Vertreter einfach die Zuständigkeit dieses Internationalen Gerichtshofes für den vorliegenden Streitfall bestritt. Als Hebel, den früheren Spruch umzuwerfen, benutzen die beiden polnischen Vertreter die ihnen sonst sehr unsympathische deutsch-polnische Konvention über Oberschlesien, ferner den ihnen viel sympathischeren Versailler Vertrag und sogar den Wortlaut der ersten Entscheidung über diese Angelegenheit vor dem Haager Schiedsgericht.

Trotzdem ist nicht daran zu zweifeln, daß auch jetzt wieder das Gericht der deutschen Seite recht geben wird, — aber es wird des größeren und wichtigeren Schrittes deutsch-polnischer Verhandlungen bedürfen, ehe sich unser Recht auch nur einigermaßen in Wirklichkeit umsetzen wird. Gerade die letzten Ereignisse in Oberschlesien haben ja bewiesen, daß Polen dort dem Deutschtum und seinen primitivsten Rechten gegenüber mit einer kaum noch überbietbaren, alles spottenden Brutalität vorgeht. Die Auflösung des Oberschlesischen Sejms, die Abberufung des Sejm-Marschalls Wolny, das polnische Verhalten in der Schulfrage sind nur ein paar Beispiele dafür. Beispiele aber auch dafür, daß die antideutsche Politik des oberschlesischen Woiwoden und seiner Freunde vom Verband der Aufständischen die vollste Unterstützung auch der Warschauer Zentrale findet! Und das zu wissen ist für uns wichtiger als eine noch so gutgemeinte Entscheidung des Haager Schiedsgerichts, dem jede Macht fehlt, uns zu unserm Recht zu verhelfen.

Hindenburgs Grüße an die Auslandsdeutschen.

Vertreter der deutschen Auslandshandelskammern beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing im Anschluß an die Hamburger Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages die Vertreter der deutschen Auslandshandelskammern, darunter die Präsidenten der Deutschen Handelskammer in Spanien, der Deutschen Wirtschaftskammer für Österreich, der Deutsch-italienischen Handelskammer in Mailand, den Delegierten des Deutschen Bundes in Batavia, der deutschen Handelskammern in Buenos Aires, Valparaiso und Rio de Janeiro und die Vertreter der deutschen Handelskammern in China und Japan. Der Delegierte der Deutschen Handelskammer in Buenos Aires, Dipl.-Ing. Schlemo, richtete eine Ansprache an den Reichspräsidenten, in der er der besonderen Verehrung Ausdruck gab, die das Auslandsdeutschtum dem Reichspräsidenten entgegenbringt, der ein Vorbild dafür sei, wie man Vergangenheit und Gegenwart des Vaterlandes in der Arbeit um den Staat ohne Rücksicht auf parteipolitische Einstellung vereinigen kann.

Der Reichspräsident erwiderte mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die unter so schwierigen Verhältnissen geleistete Wiederaufbauarbeit der deutschen Auslandshandelskaufleute und der Auslandsdeutschen überhaupt. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung in Hamburg mit dazu beitragen möge, die Verbindung zwischen den Auslandshandelskammern und dem Wirtschaftsleben der Heimat zu festigen.

Wohin geht dein Weg, Frankreich?

Deutschlands Friedenspolitik.

Rede Dr. Stresemanns im Reichstage.

Es hieße den Eindruck der Reichstagssitzung vom Donnerstag herabmindern, wenn der Zuschauer sich in Schilderungen der Nebenerscheinungen eines „großen“ Tages ergehen, wenn er von der gespannten Aufmerksamkeit des Hauses und der Tribünen, von dem Aufhorchen in den Diplomatenlogen und von dem Echo erzählen wollte, das die Ausführungen des verantwortlichen Leiters der Außenpolitik des Reiches fanden. Dr. Stresemann sprach mit ruhiger Bestimmtheit seine abgewogenen Sätze, umriß mit aller wünschenswerten Deutlichkeit unsere Stellung zu Rußland, die wohl weltrevolutionärer Propaganda Widerstand leistet, aber keinerlei offener oder geheimer Vereinbarung gegen den östlichen Nachbarn beizutreten geneigt ist, welche unsere Wechselbeziehungen zu diesem großen und wichtigen Wirtschaftsgebiet stören könnte.

Über die Darstellungen der Genfer Verhandlungen kam Stresemann dann zu seinem Hauptthema — zur Auseinandersetzung mit Herrn Poincaré und dessen kürzlicher Rede zu Lunéville. „Wir haben ein Recht auf die Räumung des Rheinlandes,“ rief der Außenminister nach Paris hinüber. „Will man dort wirklich den Frieden, so erkenne man dieses Recht an und handele nach solcher Erkenntnis. „Wir fragen Frankreich: Willst du Krieg oder Frieden? Nicht wir, alle Völker warten auf deine Antwort, Frankreich.“

Bei dieser mit starker Bewegung formulierten Frage, der mit keinen zweideutigen rednerischen Kniffen mehr auszuweichen ist, brach auf allen Bänken minutenlanger Beifall aus. Reichskanzler Dr. Marx erhob sich und schüttelte Dr. Stresemann die Hand; es war der bisher vielleicht bedeutungsvollste Vorgang in diesem Jahre im Reichstag.

Die gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien folgte und mit der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheid begann die Aussprache der Parteien. ip.

*

Sitzungsbericht.

(326. Sitzung.) CB. Berlin, 23. Juni.

Nach Beendigung der ersten Lesung zum Entwurf des neuen Strafgesetzbuches wurde die Vorlage einem besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen.

Zur großen politischen Aussprache nahm Dr. Stresemann im Namen der Reichsregierung das Wort. Mit der Entgegennahme der Regierungserklärung über die auswärtige Politik waren die Interpellationen der Regierungsparteien, der Sozialdemokratie und der Kommunisten über die außenpolitische Lage verbunden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

führte u. a. aus: Die kommunistische Fraktion glaubt in ihrer Interpellation, daß die Erörterungen in Genf den Zweck und das Ziel gehabt hätten, Deutschland in eine antirussische Front einzugliedern. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland würde ein Vorgang sein, der für die gesamte internationale Lage von größter Bedeutung wäre. Deshalb ist auch in Genf über dieses Thema zwischen den Vertretern der beteiligten Regierungen und mir vertrauensvoll und offen gesprochen worden. Ich habe schon in der letzten Reichstagsdebatte gesagt, daß sich

an unserer bisherigen Außenpolitik nichts ändern

werde, was durch die abgeschlossenen Verträge, besonders die Verträge von Locarno und Berlin und durch den Eintritt in den Völkerbund charakterisiert ist. Zweifel darüber, ob wir im Ausland Verständnis für den Sinn dieser unserer Politik gewinnen, sind trotzdem aufgetaucht. Ich kann ihnen auf Grund der Genfer Besprechungen mit aller Bestimmtheit entgegentreten. Von keiner Seite haben sich Bestrebungen bemerkbar gemacht, uns von dieser Politik abzudrängen.

Im Gegenteil haben die Genfer Verhandlungen dazu beigetragen, Zweck und Sinn unserer Politik den anderen Regierungen gegenüber weiter zu klären und dafür Verständnis und Anerkennung zu finden.

Ich kann auf das bestimmteste erklären, daß mir von einer Koalition gegen Sowjetrußland nichts bekannt geworden ist.

Ich habe vielmehr die Überzeugung gewonnen, daß alle in Betracht kommenden Staaten volle Freiheit behalten wollen, ihr Verhältnis zu Rußland selbständig und nach Maßgabe ihrer individuellen Interessen zu bestimmen. (Lachen bei den Kommunisten.) Eine Intervention in die inneren Angelegenheiten des russischen Regimes kann für uns selbstverständlich nicht in Betracht kommen. Ebenso werden wir auch in Zukunft allen Versuchen mit größter Schärfe entgegentreten müssen, die sich eventuell von außen her gegen unsere eigene Staatsform richten.

Darin befinden wir uns in Übereinstimmung mit allen anderen Staaten, daß wir einer weltrevolutionären Propaganda entschiedenen Widerstand entgegensetzen werden.

Aber das ist nicht etwa die Folge einer ausdrücklichen oder stillschweigenden Vereinbarung gegen Rußland. Unsere Lage verlangt die wirtschaftliche Verknüpfung mit unseren Nachbarländern. Wenn wir damit rechnen sollten, daß ein großes, mächtiges Wirtschaftsgebiet von Deutschland etwa abgeschlossen werden sollte in den allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen, würden wir darin eine Gefährdung der Lage in ganz Europa erblicken. Wir haben ein Interesse daran, in engen wirtschaftlichen Beziehungen wie mit allen Ländern so auch mit Rußland zu stehen.

Der Reichsaußenminister kommt nun auf den Mord des russischen Gesandten in Warschau und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien zu sprechen. Bei dem bedauerlichen Attentat in Warschau haben auch wir in freundschaftlicher Weise die Vertreter Sowjetrußlands darauf hingewiesen, daß das Ereignis nicht zu einer Verschärfung der europäischen Lage führen dürfe.

Wir wollen den Frieden

und befinden uns damit in Übereinstimmung mit der Auffassung, die in Genf einmütig zum Ausdruck gekommen ist. Wir haben inzwischen mit Befriedigung festgestellt, daß die Regierung von Sowjetrußland den Zwischenfall nicht irgendwie zu verschärfen die Absicht hat. Was die Spannung zwischen Jugoslawien und Albanien anbelangt, so hat die Reichsregierung auf Grund von Besprechungen mit Frankreich und England sich entschlossen, dem Komitee in Belgrad beizutreten, das im Falle von Grenzstreitigkeiten die Tatsachen feststellen und dadurch zur Entspannung beitragen soll.

Der Völkerbundrat hat in dem Sinne der von mir vorgeschlagenen Entschließungen der Reichsregierung zur Durchführung der

Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz

entschieden. Die überwiegende Mehrheit der in Genf vertretenen Regierungen hat positive Erklärungen abgegeben wie wir. Die Entschließung ist vom Kabinett einmütig gebilligt worden. Die zuständigen Körperschaften, der Reichsrat und der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages

werden sich schon in nächster Zeit mit einer Herabsetzung unseres Zollniveaus zu beschäftigen haben.

Wir wünschen, daß

das Abrüstungsproblem

entsprechend der klaren Forderung des Artikels 8 der Völkerbundtagung gelöst wird. Leider ist es durch die Fülle der Beratungen und Resolutionen beinahe zu einer Geheimwissenwissenschaft geworden. Dabei ist es doch nicht so kompliziert, wenn man es nur entschlossen angreift. Welche von unseren Nachbarn könnten von uns noch weitere Sicherungen verlangen? Unsere Entwaffnung bis zur Nacktheit ist doch das Äußerste, was man fordern kann. Wir gehen zu den Abrüstungsverhandlungen nicht als Schuldner, sondern als Gläubiger. Ich habe in Genf, betonte der Außenminister, erneute Zweifel geäußert, ob der gute Wille auch überall vorhanden ist, der Verpflichtung zur Abrüstung nachzukommen. Für den Völkerbund selbst ist die Lösung dieser Frage einfach eine Frage seiner eigenen Geltung, ja, eine Frage seiner Existenz.

Dr. Stresemann erwähnt nun

die Beschwerden der Memelländer,

die sie gegen die litauische Regierung an den Völkerbund gerichtet haben. Der Völkerbundrat nahm in seiner Schlußsitzung Veranlassung zu der Erklärung, daß er sich hoffentlich nicht noch einmal mit der Regelung dieser Frage beschäftigen müsse. Die Erklärung enthält die Zusage, daß der Memelländische Landtag spätestens am 1. September gebildet sein würde, daß das Wahlrecht nur solche litauischen Staatsbürger haben sollen, die ihren dauernden Wohnsitz im Memellande haben, und daß die Regierung dem Landtag verantwortlich sein soll.

Der Redner bespricht dann das Verhältnis Deutschlands zu den in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächten und die Zuziehung eines Deutschen zu der

kolonialen Mandatskommission.

Diese Kommission besteht aus Mitgliedern verschiedener Nationalitäten, die besondere koloniale Erfahrungen besitzen, die aber nicht von ihren Regierungen abhängig sind. Wenn wir auch keine Kolonien besitzen, sind wir doch in hohem Maße an dieser Kommission interessiert. Dr. Stresemann legt das weiter in einer Auseinandersetzung mit den Kommunisten, die ihn öfters unterbrechen, ausführlich dar. Ich nehme an, daß im September die Zuziehung eines deutschen Mitgliedes in die Mandatskommission erfolgt. Mit Enttäuschung ist es aufgenommen worden, daß der Wunsch der Freien Stadt Danzig in bezug auf die Feststellung des Rechtszustandes auf der Westerplatte noch nicht erledigt worden ist.

Die stärkste Enttäuschung hat in Deutschland die Tatsache hervorgerufen, daß die Frage der

Truppenverminderung im Rheinland

bei den diesmaligen Besprechungen in Genf nicht gelöst worden ist. Es ist eine falsche Auffassung, wenn die französische Presse meint, daß die Erfüllung dieser deutschen Forderung ein Beweis des guten Willens gegenüber Deutschland sei, dem ein anderer guter Wille Deutschlands gewissermaßen als Gegenleistung gegenüberstehen müsse. Es handelt sich hier nicht um irgendwelche Konzessionen, die von unserem Wohlverhalten abhängig wären, sondern die Reduktion der Rheinlandtruppen ist ein Teil derjenigen Zusicherungen, von denen die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages abhängig war. Aber wir machen auch auf die Erfüllung der Zusage der Truppenreduktion einmal einen formellen und zweitens einen darüber weit hinausgehenden politischen Anspruch. Wenn das Mißtrauen in den Wert feierlich gegebener Zusagen sich ausbreiten und erhärten wird durch die Nichterfüllung auf anderen Gebieten, so ist die Gefahr vorhanden, daß die Zuversicht auf anderen Gebieten mit erschüttert wird. Ich begrüße es deshalb, daß

der englische Unterstaatssekretär ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß der englische Außenminister Chamberlain die Zusage in derselben Weise ausgelegt hat wie wir.

Der deutsche Botschafter hat in London darüber eine Aussprache gehabt und ihm ist versichert worden, daß nach englischer Auffassung die Erledigung der